



# MALXE BLATT



mit Herz und Schnauze

11 / 2008

## DIE LINKE. -Zeitung für Forst und Umgebung

### Die große Koalition regiert



**Im Kreistag und in der Stadtverordnetenversammlung haben CDU und SPD leitende Funktionen unter sich aufgeteilt. Die CDU hat trotz heftiger Wahl Niederlagen ihre Vorsitze verteidigen können.**

Besonders in der SVV erlebten wir eine politische Geschlossenheit von SPD bis DSU. Wichtigstes Ziel dieser allumfassenden Koalition war es, die Wünsche des Bürgermeisters umzusetzen. Die Stadtverordneten reduzierten die Anzahl der Ausschüsse auf ausdrücklichen Wunsch aus dem Rathaus. Für einen Wirtschaftsausschuss ist zukünftig kein Platz mehr. Obwohl gerade CDU und FDP sich permanent als Wirtschaftsparteien darstellen, soll Wirtschaftspolitik in Forst nur noch als Randerscheinung im Hauptausschuss stattfinden. Die Landesregierung hat Forst jahrelang wirtschaftlich ausgebremst, weil wir als einzige Kreisstadt im Land

keinen Branchenschwerpunkt zugeordnet bekamen. Dies hatte direkte Auswirkungen auf die Gewährung von Fördermitteln bei Ansiedlung wirtschaftlicher Unternehmen. Jetzt ist die Region, und damit auch unsere Stadt, Bestandteil des Branchenschwerpunkts alternative Energie. Statt dies nun offensiv zu nutzen und durch politisches Handeln vor Ort zu unterstützen, betreibt die Mehrheit der Stadtverordneten genau das Gegenteil. Für den Bürgermeister ist dies natürlich durchaus bequem. Wenn Stadtverordnete nicht fragen und keine eigenen Konzepte entwickeln, kann immer mehr hinter verschlossenen Türen agiert werden. Wo das hinführt sieht man beim Verkauf der Stadtwerke.

#### Spruch des Monats

»Wo alle einstimmig singen,  
ist der Text  
ohne Bedeutung.«

Stanislaw Jerzy Lec

### Aufgeräumt

Das Ende einer Legislaturperiode ist immer ein guter Zeitpunkt zum Aufräumen. Berge von Beschlussvorlagen, Informationen und eigenen Recherchen haben sich innerhalb von fünf Jahren angesammelt und irgendwann sind dann auch die größten Schränke überfüllt. Also wird Überflüssiges und Überholtes entsorgt. Dabei fielen mir dann auch wieder alle unsere kommunalen Baustellen in die Hände, und ich erinnerte mich an so manches Großprojekt, welches längst von der Bildfläche verschwunden ist.

Manches hat sich entwickelt, vieles ist schon aus der Erinnerung verschwunden. Das Freibad wurde neu gebaut, auf die Großrutsche warten unsere Kinder nun schon seit Jahren. Vom Teleticityprojekt zur EXPO 2000 in Hannover kündigt heute noch das Teleticityservicecenter in der Sorauer Straße. Nach langem Leerstand wird es jetzt vom Forster Stadtkanal genutzt, immerhin eines von zehn EXPO-Projekten. Leider auch das einzig überlebende. ➤ S. 2

### Abgeordnetenbestechung wirksam bekämpfen

**Abgeordnete haben vermeintliche und tatsächliche Privilegien. Zu den tatsächlichen Privilegien der Parlamentarier gehört die Tatsache, dass im Bereich der Korruption nur ganz dumme Abgeordnete für den sogenannten Stimmenkauf Bestrafung fürchten müssen.**

Bisher hat sich der bestehende Tatbestand der Abgeordnetenbestechung nach § 108e StGB in der Praxis als bedeutungslos und rein symbolisch erwiesen. Auf seiner Grundlage gab es bislang erst eine einzige Verurteilung. Das liegt wohl weniger an der Redlichkeit der Abgeordneten, als an der Untauglichkeit der Norm zur Behebung des Problems. Korruption erschüttert das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger

in Politik, Verwaltung und Geschäftsverkehr.

Korruption beschädigt die Demokratie. Was für jeden Amtsträger in jeder Behörde dieses Landes, für jede Richterin und jeden Richter gilt, muss auch und gerade für Abgeordnete gelten: Entscheidungen im Namen der Allgemeinheit dürfen nicht käuflich sein. Denn das Parlament ist kein Marktplatz und politische Entscheidungen sind keine Waren. Bestechung und Bestechlichkeit beginnt für uns nicht erst beim Stimmenkauf. Jeder erhebliche geldwerte Vorteil, der für politisches Handeln oder Unterlassen eines Mandatsträgers gewährt oder angenommen wird, gehört unter Strafe gestellt. Dazu gehört der Beratervertrag, bei dem die Beratung ausfällt;

dazu gehört der üppig honorierte Sitz im Aufsichtsrat, der meistens leer bleibt.

Dazu gehört leider vieles, was sich in den vergangenen Jahren als »sozialtypisches« Abgeordnetenverhalten eingeschlichen hat. Zurzeit gibt es zwei Gesetzentwürfe, die diesen ersten Missständen begegnen wollen – einen Entwurf der Linksfraktion und einen Entwurf der Grünen. Beide Entwürfe verdienen ernsthafte Beratungen in den Ausschüssen und letztlich die Zustimmung des Bundestages.



Wolfgang Neskovic,  
stellvertretender Vorsitzender der  
Fraktion DIE LINKE im Bundestag

## Aufgeräumt

(Fortsetzung von Seite 1)

Bei der Landesgartenschaubewerbung 1999 waren viele Bürger an der Planung beteiligt, gereicht hat es damals leider nicht. Platz 2 hinter Rathenow war eben nicht genug. Mit fast dem gleichen Konzept versucht es die Stadt nun ein zweites Mal. Wenn man den Infos der überregionalen Medien trauen darf, dann sind wir ohne jede Chance. Aber vielleicht gibt es noch ein ministerielles Wunder, trotz eines Haushaltsdefizits von 25 Millionen Euro.

Auch die Neuansiedlung Horno war am Ende eines langen Weges durchaus ein Erfolg. Die Forster akzeptieren Horno immer mehr als neuen Ortsteil, und die Neuforster leben sich in ihrer Stadt langsam ein, ohne dabei ihre Traditionen aus dem Auge zu verlieren.

Die Grenzbrücke zu unseren polnischen Nachbarn ist inzwischen ein kontrollfreier Weg. Viele Forster nutzen diesen Übergang über die Neiße, die meisten leider nur bis zur nächsten Tankstelle. Die Zusammenarbeit mit den Gemeinden auf polnischer Seite entwickelt sich eher schleppend. In den Köpfen sind noch lange nicht alle Grenzen gefallen. Seit einiger Zeit wollen auch alle Parteien einen innerstädtischen Grenzübergang an der Langen Brücke. Wir wollten diese Lösung schon vor zehn Jahren. Aber wir lernen ja alle hinzu.

Schulschließungen und der Erhalt von Standorten beschäftigen uns nun schon mehr als zehn Jahre. Was ist bis heute zustande gekommen? Wir haben immer noch fünf Grundschulen, davon eine als evangelische Schule. Die Realschule ist geschlossen und die Gesamtschule heißt wieder Oberschule. Drei Schulen und das kreisliche Gymnasium sind baulich saniert und die Grundschulen in Keune und Noßdorf funktionieren auch als einzügige Schulen. Diejenigen, die also 1997 die Schulstandorte erhalten wollten, können so falsch nicht gelegen haben.

Wirtschaftliche Ansiedlungen sind immer noch Mangelware. Die lokale Politik feiert jeden neuen Ansiedlungsversuch noch immer als Heldentat, obwohl wir längst alle wissen, bevor nicht produziert wird, sollte man sich wenigstens beim Jubeln zurückhalten. Ob das Unternehmen »Precision Coating« sich einreihen wird, als ein Beitrag zur Serie »Pleiten, Pech und Pannen« oder ob es eine erfolgreiche Produktionsstätte wird, können wir zurzeit auch nicht sagen. Im Rathaus herrscht dazu tiefes Schweigen, aber wehe es wird ein Erfolg.

**Ingo Paeschke,**  
Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE  
der SVV Forst

## Die CDU dreht durch und die SPD wedelt mit dem Schwanz!

Nach den herben Verlusten bei der Kommunalwahl in Brandenburg und deren Auswertungen in der Bundespartei, scheinen die Nerven bei der CDU blank zu liegen.

Lange erarbeiteten die Fraktionen im Bundestag eine gemeinsame Position zum Antisemitismus, diese Position sollte in einen gemeinsamen Antrag gefasst werden. Plötzlich erinnerte sich die CDU, zur Erinnerung: eine Blockpartei in der DDR, dass die DDR antiisraelische Positionen vertrat. Protest an der Politik Israels hieß und heißt noch lange nicht Antisemitismus. In der Unterscheidung von politischen Voraussetzungen und Erkenntnissen mangelt es der CDU derzeit mächtig. Erst setzt man DIE LINKE mit der NPD gleich, dann erkennt man antisemitische Züge bei der LINKEN. Auf Außenstehende wirkt dieses Agieren panisch und hilflos.

Was sagt denn nun der Koalitionspartner im Bund, die SPD, dazu. Sie schweigt,

widerspricht nicht und folgt den Aussagen der CDU wortlos und schwanzwedelnd. Die einen hassen DIE LINKE, weil sie immer stärker in den Vordergrund drängt und sie selbst an Bedeutung verlieren, die anderen haben Angst davor, eventuell nur noch als Juniorpartner in einer möglichen Koalition Regierungsverantwortung übernehmen zu können. Dieses Gebaren ist bis weit in die kommunale Ebene erkennbar.

Politik muss die wirtschaftliche und die soziale Seite in die Parallele bringen und dafür steht nun einmal DIE LINKE. Neoliberales Denken wird zunehmend als unattraktiv bewertet und selbst in konservativen Kreisen kritisch bebüßt. Abschließend sei der CDU gesagt, Hass und Ignoranz lassen ein klares und notwendiges Denken nicht mehr zu. Konstruktivität erreicht man nur in einem Miteinander, und da gehören alle demokratischen Parteien dazu, auch DIE LINKE.

**Andreas Beckmann**

## Anstieg der Verbraucherpreise um 2,2 %

### Preisanstieg für Brot, Wärme und Strom verschärfen Lebenssituation von einem Viertel der Brandenburger weiter

Wenn im Vergleich zum Oktober des Vorjahres die Verbraucherpreise in Brandenburg besonders bei Grundnahrungsmitteln wie Brot und anderen Getreideerzeugnissen gestiegen sind, Mehl um 41,7 Prozent und Nudeln um 27,3 Prozent, dann ist die Politik gefragt.

Die Landesregierung Brandenburg darf nicht länger tatenlos zusehen, sondern muss Maßnahmen für einen wirksamen Schutz vor Armut ergreifen. Schließlich lebt ein Viertel der Brandenburgerinnen und Brandenburger laut Armutsbericht des Sozialministeriums bereits jetzt in schwierigen finanziellen Verhältnissen. Und die Armut nimmt zu. Ein Indiz sind die immer länger werdenden Schlangen bei der Verteilung von Lebensmitteln der Tafeln.

Auch Heizöl und Gas haben sich gegenüber Oktober 2007 mit gut 20 Prozent merklich verteuert, ebenso Fernwärme um 13,5, feste Brennstoffe um 7,5 und Strom um 7 Prozent. Schon heute werden in Deutschland jährlich mindestens eine Million Haushalte ganz oder teilweise von der Strom- oder Gasversorgung abgeschaltet, weil sie ihre Rechnungen nicht bezahlen können. DIE LINKE fordert die Einführung von Sozialtarifen für Strom und Gas für einkommensschwache Haushalte. Dafür sollte sich Brandenburgs Landesregierung stark machen, denn von den steigenden Preisen profitiert auch der Bundeshaushalt. Außerdem sollten die wachsenden Erlöse aus dem CO<sub>2</sub>-Emiss-

sionszertifikatehandel genutzt werden. Wärme und Strom gehören zur Daseinsvorsorge. Energie muss dauerhaft für jedermann bezahlbar bleiben. Die Preisentwicklungen können einkommensschwache Haushalte nicht mehr durch Verhaltensänderungen, wie »Kerzenlicht«, »dicke Pullover« oder andere Energiesparmaßnahmen, auffangen. Denn Haushalte, die kaum Geld übrig haben, können sich keine – in der Anschaffung teure – Energiespargeräte leisten. Daher müssen auch die Hartz-IV-Regelsätze zum Lebensunterhalt endlich entsprechend erhöht werden.

**Renate Adolph,**  
verbraucherpolitische Sprecherin der  
Fraktion DIE LINKE  
im Landtag Brandenburg

## Wir sagen ganz herzlich DANKESCHÖN

für die zahlreichen Spenden, die uns zur Unterstützung des Kommunalwahlkampfes erreicht haben. Sie waren eine große Hilfe und sind gleichzeitig Ansporn, uns weiterhin mit ganzer Kraft für die Interessen der Bürger zu engagieren.

**Ortsvorstand Forst DIE LINKE**  
auch im Namen unserer  
Abgeordneten in Stadt und Kreis

## Deutschland bleibt bildungspolitisch ein Entwicklungsland

**Der Bildungsgipfel der Kanzlerin hat die entscheidenden Fragen für eine Reform der Bildungspolitik in Deutschland nicht gelöst.**

Warme Worte und vage Versprechungen – das ist das Ergebnis des Bildungsgipfels der Bundeskanzlerin. Das ist beschämend – nicht nur für die Kanzlerin, auch für die Ministerpräsidenten der Länder. Wer die Zukunft von Millionen Kindern aus Kostengründen verspielt, sollte sich statt auf Bildungsgipfel besser in den Bildungskeller zurückziehen. Sicherheitshalber wurden Fragen der Finanzierung gleich vertagt, heikle Probleme gar nicht erst angefasst. Sieht man einmal von der geplanten vorschulischen Sprachförderung ab, ist keine der angekündigten Maßnahmen geeignet, die hohe Abhängigkeit des Bildungserfolges von der sozialen Herkunft der Kinder auch nur ansatzweise zu überwinden.

So bleiben Vorhaben wie die Halbierung der Zahl der Jugendlichen ohne Schulabschluss bzw. ohne Berufsausbildung ohne Wert. Dass man sich nicht einmal auf ein kostenfreies Mittagessen in Kindergärten und Grundschulen für bedürftige Kinder einigen konnte, ist angesichts der Milliardengarantien für Banken an Erbarmlichkeit kaum zu überbieten. Das Gefeilsche der Ministerpräsidenten auf dem sogenannten Bildungsgipfel zeigt die Unfähigkeit und den fehlenden Willen der herrschenden Politik, die Ursachen für die Bildungsmisere in Deutschland zu erkennen und zu beseitigen. Die Kleinstaaterei im Bildungswesen soll beibehalten werden – zu Lasten künftiger Generationen. DIE LINKE ist nicht bereit, der Scheuklappenmentalität der Länderchefs zu folgen. Wir fordern, die Kleingeisterei endlich zu beenden. Ohne den Ausbau

von Ganztagsplätzen und mehr Qualität in der frühkindlichen Bildung, ohne die Umgestaltung des Schulsystems zu Gemeinschaftsschulen für alle Kinder mit einer neuen Lehr- und Lernkultur, ohne die Abschaffung von Studiengebühren und ausreichende Stellen in der Berufsausbildung bleibt Deutschland bildungspolitisch ein Entwicklungsland.



**Lothar Bisky,**  
Parteivorsitzender DIE LINKE

## Ablehnung wächst auch im Parlament

*DIE LINKE begrüßt, dass sich in diesem Jahr erneut mehr Abgeordnete aus anderen Bundestagsfraktionen dazu entschieden haben, der Verlängerung und Aufstockung des ISAF-Mandates in Afghanistan ihre Zustimmung zu verweigern.*

*Waren es 2007 noch 79 Abgeordnete, haben in diesem Jahr 96 Abgeordnete dagegen gestimmt. 17 Nein-Stimmen mehr sind ein kleiner, aber wichtiger Erfolg der Friedensbewegung, die durch ihre beharrliche Arbeit, mit Argumenten und Protest über die Situation in Afghanistan aufgeklärt hat.*

*17 Abgeordnete mehr haben ihr Gewissen befragt, die richtigen Argumente abgewogen und entgegen der Fraktionsdisziplin gegen den Kriegseinsatz gestimmt.*

*Der Krieg am Hindukusch ist kein Krieg für Demokratie, Wiederaufbau und Frauenrechte. Der Krieg hat zu mehr Unsicherheit und zivilen Opfern geführt. Der Krieg ist bereits verloren, und nur ein Abzug der ausländischen Truppen kann die Voraussetzung für Frieden schaffen.*

*Noch verschließt die große Mehrheit der Abgeordneten ihre Augen vor diesen Fakten und schickt 4 500 junge Männer und Frauen in den Krieg. Die Rechnung der Bundesregierung, den Afghanistan-Einsatz aus dem Bundestagswahlkampf herauszuhalten, indem sie die nächste Abstimmung auf Dezember 2009 gelegt hat, wird nicht aufgehen.*

*DIE LINKE wird weiter für eine Änderung der Afghanistanpolitik streiten und alles dafür tun, damit das Thema im nächsten Jahr nicht unter den Teppich gekehrt wird. Die Wählerinnen und Wähler haben 2009 die Chance, mit der Zusammensetzung des Bundestages auch über die Beendigung des Afghanistan-Einsatzes der Bundeswehr zu entscheiden.*

**Christine Buchholz,**  
Mitglied des Bundespartei Vorstandes  
DIE LINKE



## Der Bundesgeschäftsführer meint Presseerklärungen von Dietmar Bartsch zu aktuellen Themen

### Anhaltender Mitgliederzuwachs

**Die Mitgliederzahl der Partei DIE LINKE ist zum 30. September 2008 auf 76 139 gestiegen.**

Im Vergleich: Per 31. Dezember 2007 waren es 71 711 Mitglieder. Grundsätzlich können alle westdeutschen Landesverbände sowie Berlin und Thüringen Zuwächse verzeichnen. Die stärksten Zuwächse in diesem Jahr gab es in den Landesverbänden Nordrhein-Westfalen (1 755), Saarland (833), Niedersachsen (737) und Bayern (726).

Wir freuen uns über wachsende Mitglie-

derzahlen. DIE LINKE wirkt – immer mehr Menschen wollen sich für soziale Gerechtigkeit engagieren. Jeden Tag kommen neue Mitglieder dazu. Vor allem anlässlich unserer Wahlerfolge, darunter das respektable Ergebnis zur Landtagswahl in Bayern und das hervorragende Brandenburger Kommunalwahlergebnis, haben sich Menschen entschieden, in DIE LINKE einzutreten. Die Frage der Mitgliedergewinnung und Mitgliederentwicklung werde auch künftig ein Schwerpunkt der Parteilarbeit sein. Mit einem Anteil von 38,1 Prozent hat DIE LINKE nach wie vor den höchsten Frauenanteil aller Parteien.

## Für die Beschäftigten hat es nie einen Aufschwung gegeben

**Der stellvertretende Vorsitzende der Partei DIE LINKE, Klaus Ernst, sieht die jüngsten Daten zur negativen Reallohnentwicklung in Deutschland als Beleg für eine verfehlte Politik der Großen Koalition. Er setzt sich für hohe Lohnsteigerungen für die Beschäftigten ein und erklärt:**

Diese Daten sind eine Ohrfeige für die Große Koalition. Sie hat Milliarden für bankrotte Banken übrig, aber keinen Finger für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gerührt. Vom Aufschwung ist praktisch nichts bei den

Menschen angekommen. Im Gegenteil: Für die Beschäftigten hat die Krise längst begonnen. Ebbe in ihren Geldbeuteln bedeutet auch nichts Gutes für die Konjunktur. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer spekulieren mit ihrem Geld nicht an der Börse. Sie geben es zur Finanzierung ihres Lebensunterhalts aus. Jetzt kann es nur eine Losung geben:

Satte Lohnsteigerungen für die Beschäftigten und ein echtes Plus bei den Renten. Das ist gut für die Menschen und gut für die Konjunktur.

## Petra Paus Newsletter

### Drei Prioritäten beim Datenschutz Bundesweite Demonstration »Freiheit statt Angst« in Berlin

Der Datenschutz ist ein Torso aus dem vorigen Jahrhundert – veraltet, vernachlässigt, verraten.

Auf dem Weg zu Besserem setzt DIE LINKE drei Prioritäten:

- Die Vorratsspeicherung aller Telekommunikationsdaten muss weg.
- Überfällig ist ein wirksames Arbeitnehmer-Datenschutzrecht.
- Die Datenschützer in Bund und Ländern sind massiv aufzuwerten.

### Der Vergleich ist aus dem Jenseits und inakzeptabel

**Der Präsident des Ifo-Instituts, Hans-Werner Sinn, hat angesichts der aktuellen Finanzkrise die Kritik an Managern mit dem Antisemitismus in den 1930er-Jahren verglichen.**

Hans-Werner Sinn hat nichts begriffen. Denn Antisemitismus ist keine politische Kritik, sondern eine menschenverachtende Ideologie. Nach Sinns Worten werden »in jeder Krise Schuldige gesucht«. Nach der Weltwirtschaftskrise

1929, so Sinn, »hat es in Deutschland die Juden getroffen.« Auch diese Formulierung ist naiv. Es hat keine »Juden getroffen«. Sie wurden vielmehr zielstrebig entrechtet, verjagt und vergast, weil sie Juden waren. Niemand hat so etwas mit Managern vor. Sein Vergleich ist aus dem Jenseits.

Bestenfalls versucht Hans-Werner Sinn den Verantwortlichen für die aktuelle Krise eine Opferrolle zuzuschreiben. Schlimmstenfalls verhöhrt er die Opfer des Holocaust. Beides ist nicht nur Unsinn, sondern absolut inakzeptabel.

### Beauftragte für Demokratie und Toleranz wäre besser Zum Streit über einen

**fraktionsübergreifenden Antrag des Bundestages zum 70. Jahrestag der sogenannten Reichspogromnacht**

Der von Abgeordneten aller Fraktionen erarbeitete Ursprungsentwurf sah einen Bundesbeauftragten gegen Antisemitismus vor. Das war ein Kompromiss. Der Generalsekretär des Zentralrates der Juden in Deutschland, Stephan Kramer, hält diese Verengung auf Antisemitismus für wenig hilfreich. Das teile ich. Ich habe immer für eine Beauftragte des Bundestages für Demokratie und Toleranz plädiert, die alle Ressourcen im Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus koordiniert. Das wäre ein weitergehender Ansatz.

*(Petra Pau ist stellvertretende Vorsitzende der Linksfraktion im Bundestag und Mitglied des Innenausschusses)*

## PINNWAND

### Termin

Di., 18.11., 18:30 Uhr, Geschäftsstelle Cottbuser Str. 54  
**DIE LINKE.-Ortsvorstandssitzung**

Mo., 01.12., 18:30 Uhr, Geschäftsstelle Cottbuser Str. 54  
**AG »Malxe-Blatt«**

Mo., 02.12., 18:30 Uhr, Geschäftsstelle Cottbuser Str. 54  
**Sitzung der Fraktion DIE LINKE. der SVV Forst**

### Geburtstage

04.12.: 74 Jahre, Genn. Gerda Krantz in Döbern  
04.12.: 68 Jahre, Gen. Siegfried Schneider  
07.12.: 96 Jahre, Genn. Klara Kitzing  
07.12.: 84 Jahre, Genn. Johanna Eitner  
07.12.: 66 Jahre, Gen. Dietrich Richter  
09.12.: 82 Jahre, Gen. Hans Gebauer

*Herzlichen Glückwunsch den Jubilaren!*

### KfW vs. Kreissparkasse

Binnen Minuten erfolgte die Überweisung der KfW an die Lehman Brothers. Komisch, bei mir dauert es oft mehrere Tage, ehe viel, viel kleinere Summen auf einem anderen Konto endlich wieder auftauchen.  
*Wolfgang Mocker*

### Der Wille versetzt Berge

SPD-Chef Müntefering verlangt von seiner Partei mehr Siegeswillen. Ob das hilft ist allerdings fraglich. Bei Rudolf Scharping liegt es schließlich auch nicht am mangelnden Siegeswillen, dass er die Tour de France nicht gewinnt. *CD*

Aus Eulenspiegel Nr. 11/08

### +++ Nach Redaktionsschluss +++

Was vor ein paar Jahren noch undenkbar schien, ist jetzt Realität: die USA werden ab 2009 von einem Afroamerikaner regiert! Damit ist nicht nur der Ära Bush ein endgültiges Ende gesetzt, die Amerikaner haben sich auch für »Change« entschieden. Good Luck, Mister Obama! Für uns gibt das Hoffnung, dass sich in der Politik der »Weltmacht« wirklich etwas ändert.

### +++ Brandaktuell +++ Brandaktuell +++

### Rechtsberatung zu Hartz IV

RA Michael Elte

**Mo., 17.11., und Mo., 01.12.08,**  
jeweils ab 10:00 Uhr  
in der Geschäftsstelle der LINKEN,  
Cottbuser Straße 54

**Terminvereinbarung**  
telefonisch oder persönlich jeweils  
Dienstag u. Donnerstag von 14 bis 17 Uhr.  
☎ (03562) 69 34 34 oder 78 52.

**Beratungsgebühr**  
zwischen 5 und 10 Euro.

**Impressum:** Herausgeber: Ortsvorstand Forst DIE LINKE  
Redaktion: »AG Malxe-Blatt« beim Ortsvorstand Forst DIE LINKE  
V. i. S. d. P.: Anke Schwarzenberg

Kontaktadresse: Cottbuser Straße 54, 03149 Forst  
Telefon (0 35 62) 78 52, Fax 65 07  
oder im

Die Finanzierung des »Malxe-Blattes« wird durch Spenden unterstützt. Bei Überweisungen:  
Sparkasse Spree-Neiße, Kto.-Nr. 3 305 102 780, BLZ 180 500 00, Verwendungszweck: »Malxe-Blatt«

**Internet: [www.dielinke-lausitz.de](http://www.dielinke-lausitz.de)**  
**E-Mail: [forst@dielinke-lausitz.de](mailto:forst@dielinke-lausitz.de)**

**Wenn Sie das »Malxe-Blatt« gelesen haben, geben Sie es bitte an Nachbarn oder Freunde weiter.**